

## 25. September: Die Zukunft der Schweiz steht auf dem Spiel



Sollen wir also am 25. September Ja stimmen? Ist dies die Meinung der FMH? Sollen wir Angst haben vor den ausländischen Kollegen? Als Arzt mit eigener Praxis habe ich keine Angst vor anderen Kollegen. Erstens wegen des Zulassungsstopps, zweitens wegen der Qualität und der fachlichen Ausbildung, drittens, weil ich in meinem Gebiet «verankert» bin. Wie ist es aber mit einer Praxisübernahme? Letzten Monat übergab ein Kollege FMH Allgemeinmedizin seine Praxis einem spanischen Arzt. Ich kenne einige Tessiner Ärzte, die darauf warten, eine Praxis zu übernehmen oder zu eröffnen, wie war das möglich? Keine Ahnung. Aber zurück zum Thema. Wer glaubt schon den flankierenden Massnahmen? Viele I-Arbeiter werden als «unabhängige Teilzeitarbeiter» angestellt für 2000 Franken Lohn/Monat. Entweder so, oder sonst wartet schon der nächste Grenzgänger auf diesen Platz. Und die vielen «padroncini»? Es sind Handwerker, die einfach über die Grenze kommen, ihre Arbeit für die Hälfte des Pensums eines CH-Gleichgestellten leisten, ohne Rechnung, alles Schwarzarbeit, und abends überqueren sie wieder die Grenze. Darum, als Tessiner nahe der Grenze: NEIN am 25. September!

*Gian Luca Petrolì, Mendrisio-Borgo*



### Nötigung der CH-Ärzeschaft für ein «Ja» am 25. September 2005

Das Editorial (Nr. 34) des FMH-Vize Guisan muss aus zwei Gründen ganz energisch zurückgewiesen werden!

Zum einen aus formalen. Es geht nicht an, in einem solchen Ton den Gegnern an den Karren zu fahren und sie Zeile für Zeile in jeder Hinsicht abzuqualifizieren. Diese Form hat mit einer eidgenössischen direkt-demokratischen Auseinandersetzung nichts, aber auch gar nichts mehr zu tun!

Zum andern aus argumentativen. Zeile für Zeile kommt hier reine Augenwischerei zum Zuge, deren Fragwürdigkeit, Fehlerhaftigkeit und Unhaltbarkeit nicht mehr zu überbieten ist. Hier versucht man, mit totaler Angstmacherei dem Ja zum Durchbruch zu verhelfen.

Offensichtlich wurde auch die CH-Ärzeschaft von der Wirtschaft als williges Stimmvieh gekauft!

*Dr. med. K. Müller, Thalwil*



### Ja-Sager und Kopfnicker?

Nach den Resultaten bei ARG, Neue BV, Bilateralen I und Armee XXI könnte man es meinen! «Wer viermal lügt, dem glaubt man nicht und wenn er auch die Wahrheit spricht.» Die EU selbst hat beim Abschluss Bilaterale I auf einen Automatismus der Personenfreizügigkeit bei neuen EU-Staaten verzichtet. Somit ist eine Abstimmung rechtens.

Nehmen wir uns ein Beispiel an Franzosen und Holländern, welche trotz massivstem obrigkeitlichem Druck zur EU-Verfassung *Nein* gesagt haben.

Die *flankierenden Massnahmen* sind einzig und allein als entscheidendste Ja-Beschaffungsmassnahme zu werten. Nach der Abstimmung wird niemand mehr davon sprechen. Sie wären praktisch auch gar nicht durchführ- und durchsetzbar. Es will sie auch niemand von den Wirtschaftsexponenten, da ja gerade Sinn der Personenfreizügigkeit der Lohndruck sein wird.

Aber so nicht! Sondern nach unserem eigenen Gutdünken und Ermessen, wenn wir schon die verheerende Globalisierung offenbar nicht stoppen können oder wollen.

### Noch einige Zahlen

CH: Arbeitslosigkeit 3%, in Kursen usw. 2% = 5%, working poor 5% (230 000). Die Jugendarbeitslosigkeit in den neuen EU-Ländern beträgt bis zu 38%.

### Zur Erinnerung

Die Aufenthaltsbewilligung bei Personenfreizügigkeit gilt für fünf Generationen einer Familie. Sozialleistungen gelten wie für Schweizer, die Krankenversicherung auch für die Familie in der Heimat.

*Dr. med. Klaus Müller, Thalwil*



Ich empfinde diesen Artikel störend, nein: deplaziert aus folgenden Gründen.

#### Formal

Bei diesem Artikel handelt es sich um derart unverhüllte Wahlpropaganda im FDP- und Mainstream-Politjargon, dass man sich schon deshalb fragen muss, weshalb man in dieser Sache dem FMH-Vizepräsidenten die Schweizerische Ärztezeitung als Sprachrohr zur Verfügung stellt. Sie wird nämlich auch von politisch anders- und differenzierter denkenden Ärztinnen und Ärzten gelesen.

Und wenn schon Politik in der SÄZ, dann wenigstens mit gleich langen Spiessen. Daher hätte man es als Leser geschätzt, wenn Sie in der gleichen Nummer eine Gegenmeinung gebracht hätten. Und wenn Sie nun sagen, es hätte sich keine solche gemeldet, dann ist dies eine faule Ausrede: Sie hätten vorgängig dieser Veröffentlichung zu einer Stellungnahme einladen können.

#### Inhaltlich

(Ich beziehe mich auf den französischen Originaltext, zitiere aber aus der nicht immer korrekten deutschen Übersetzung.)

Ganz allgemein ist eine solche Ausdrucksweise eines Arztes und Standesvertreters unwürdig. Dieser Artikel drückt nicht rationales Denken, Differenziertheit, Sachlichkeit, möglichst objektive Diagnostik und Prognostik aus – Eigenschaften, die ärztliches Denken und Handeln bestimmen und mit den Jahren prägen sollten.

«Scheuklappendenken», «katastrophale Folgen», «wenn nicht gar fremdenfeindlich»(!), «vollständige Verantwortungslosigkeit», «pour ne pas utiliser d'autres qualificatifs moins respectueux»(!) (hier verschweigt die deutsche Übersetzung die französische Beleidigung Andersdenkender...), «katastrophale Folgen für ...», «...bliebe dieses Szenario eine Katastrophe für die Schweiz» «Es geht um die Zukunft unseres Landes, unseres Berufes und der wissenschaftlichen Forschung».

Nur gerade 3x der Begriff der Katastrophe auf einer Seite. Wenn die Argumente fehlen, greift man halt zur Katastrophe.

Kollege Guisan *beleidigt* jede andersdenkende Kollegin, jeden andersdenkenden Kollegen, wenn er im Originalton sagt: «... um nicht weniger respektvolle Qualifikationen zu verwenden».

Wer mit solch simplen, nichtsdestoweniger teilweise beleidigenden Phrasen für eine Sache werben muss, qualifiziert sich selbst.

Allein schon der Titel: Die Zukunft der Schweiz steht auf dem Spiel.

Ist man sich dessen auf der Redaktion der SÄZ bewusst? Haben Sie Notvorräte angeschafft? Haben Sie sich nach Fluchtwegen aus der durch eine Katastrophe gefährdeten Schweiz und nach einem Domizil im ach so sicheren, prosperierenden Osteuropa umgesehen?

Spass beiseite.

Ich wiederhole: Ich verurteile diese politisch undifferenzierte Veröffentlichung in der SÄZ aus der Feder des Vizepräsidenten der FMH aufs schärfste. Immerhin hoffte ich, Sie hätten in der nächsten Nummer einer anderen politischen Meinung Raum reserviert.

*Dr. med. Walter Raaflaub, Schönried*



Verehrte Kollegen

Wie es scheint, ist für einige von Ihnen eine politische Stellungnahme durch ein Mitglied des Zentralvorstandes inakzeptabel. Die Gefahr einer Katastrophe anzusprechen, ist schon eine Beleidigung, offenbar vor allem, weil sich Ihre Ansichten nicht mit meiner Einschätzung decken. Des weiteren seien meine Aussagen arrogant und eine Missachtung anderer Meinungen. Aber mitnichten!

Abgesehen von jeder Beurteilung der Wortwahl oder der Angemessenheit einer Stellungnahme durch ein Mitglied des Zentralvorstandes in der SÄZ zur Personenfreizügigkeit stehen jedoch nun mal folgende Tatsachen fest:

1. Die sieben bilateralen Verträge I existieren schwarz auf weiss. Sie wurden ausgehandelt und anschliessend von der Schweiz und allen 15 EU-Mitgliedern von damals ratifiziert. Jetzt geht es darum, den gleichen Ratifizierungsprozess mit den zehn neuen Mitgliedsstaaten durchzuführen. Nun wurde das Referendum gegen die Ratifizierung des Abkommens über den freien Personenverkehr mit den neuen EU-Ländern ergriffen. Die Problematik liegt somit klar auf dem Tisch.
2. Der Vertrag von Rom besagt in Artikel 12 ausdrücklich, dass jede Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit verboten ist.
3. Nicht nur das Abkommen über die Personenfreizügigkeit, sondern alle bilateralen Verträge umfassen eine Guillotineklausele. Die Ablehnung eines Abkommens führt folglich

- mit einer sechsmonatigen Kündigungsfrist zur Auflösung aller anderen.
4. Die Personenfreizügigkeit betrifft im Bereich der gegenseitigen Anerkennung der Diplome auch die Ärzte.
  5. Die Schweiz beteiligt sich über das bilaterale Abkommen über die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit an den europäischen Forschungsprogrammen.
  6. Das Wirtschaftswachstum der Schweiz war zwischen 1992 und 2001 niedriger als in der 15 Mitglieder zählenden EU: durchschnittlich 1,45 % in der Schweiz gegenüber 2,5 % in der EU.
  7. Die oft zum Vergleich herangezogene Arbeitslosigkeit in Deutschland ist sehr uneinheitlich: in Baden-Württemberg und Bayern 3 % wie in der Schweiz, in der ehemaligen DDR 15 % und mehr. Dasselbe gilt für die restliche EU: 10–11 % in Frankreich, aber 3 % in Grossbritannien sowie rund 4 % in Dänemark und im übrigen Skandinavien.

Ist es folglich nicht legitim, sich Gedanken darüber zu machen, was geschieht, falls das Schweizer Volk die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die zehn neuen EU-Mitglieder ablehnt? Wenn man sich die Frage stellt, muss man auch die Antworten geben:

1. Für die EU ist eine unterschiedliche Behandlung der 15 alten und der zehn neuen Mitgliedstaaten unvorstellbar und unannehmbar. Niemand weiss, wie sie tatsächlich reagieren würde, aber eigentlich könnten die Bilateralen I und II nicht in Kraft bleiben bzw. treten.
2. Dadurch besteht die Gefahr, dass die von den Schweizer Ärzten im Rahmen von Aus-, Fort- und Weiterbildung erworbenen Abschlüsse

trotz der Umsetzung des Bologna-Prozesses (Bachelor/Master) in der EU nicht mehr anerkannt werden. Dasselbe würde wahrscheinlich für die von ausländischen Kollegen in der Schweiz absolvierten Fort- und Weiterbildungen gelten. Auswirkungen auf das Schweizer Gesundheitswesen und den Betrieb in den Spitälern sind ebenfalls nicht ausgeschlossen.

3. Die Schweiz könnte sich wahrscheinlich nicht mehr im gleichen Umfang an den europäischen Forschungsprogrammen beteiligen. Ebenso verhält es sich mit deren industriellen Anwendungen und Entwicklungen.
4. Bei den übrigen Verträgen über den Land- und Luftverkehr, die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen, das öffentliche Beschaffungswesen und die Landwirtschaft entstünden die gleichen Probleme. Man müsste also mit Folgen für Wirtschaft und Beschäftigung rechnen, was sich wiederum auf Wachstum, Kaufkraft und Arbeitslosigkeit auswirken würde.

All dies hat nichts damit zu tun, Sand in die Augen zu streuen oder ob man mit dem Bundesrat zufrieden ist oder nicht. Die Fragen, auf die wir antworten müssen, sind klar, und die daraus folgenden Tatsachen auch. Nun müssen die Bürgerinnen und Bürger entscheiden, ob sie sich auf das «Syndrom des polnischen Sanitärinstallateurs» beschränken oder über den Tellerrand hinaus blicken wollen. Verzeihen Sie mir, verehrte Kolleginnen und Kollegen: Ich wollte wirklich niemanden verletzen.

*Dr. Yves Guisan, Vizepräsident der FMH,  
Nationalrat*

## 25 septembre: l'avenir de la Suisse en jeu



Faut-il donc que nous votions Oui le 25 septembre? Est-ce là l'avis de la FMH? Devons-nous craindre nos confrères étrangers? En tant que détenteur d'un cabinet médical, je n'ai pas peur de mes collègues. En raison de la clause du besoin, d'une part, et de la qualité de mes prestations et qualifications professionnelles, d'autre part, et aussi parce que je suis bien «ancré» dans mon domaine. Que se passe-t-il toutefois lors de la reprise d'un cabinet médical? En effet, le mois passé un de mes confrères, spécialiste FMH en médecine générale, a remis son cabinet à un médecin espagnol et ce, alors que je connais plusieurs médecins tessinois qui cherchent à reprendre ou à ouvrir un cabinet médical. Comment cela est-il possible? Je n'en ai pas la moindre idée. Revenons-en à ce qui nous intéresse: Qui donc peut croire aux mesures d'accompagnement? Personne, j'en veux pour preuve les nombreux travailleurs italiens engagés «sur une base indépendante et à temps partiel» pour un salaire de Fr. 2000.– par mois. Si ce n'est eux, ce sera un autre frontalier qui convoite déjà le poste à repourvoir, sans compter l'intérêt des «petits patrons». Il s'agit là d'ouvriers ou d'artisans qui traversent la frontière, s'acquittent de leur travail pour un salaire de moitié inférieur à celui d'un travailleur helvétique aux compétences équivalentes, le tout au noir, sans la moindre facture, et qui repassent tranquillement la frontière le soir. En tant que Tessinois habitant près de la frontière, je ne peux donc que vous enjoindre de voter Non le 25 septembre prochain!

*Dr Gian Luca Pedroli, Mendrisio-Borgo*



### Pression sur le corps médical suisse pour un «oui» le 25 septembre prochain?

C'est très énergiquement qu'il faut réagir contre l'éditorial (n° 34 du BMS) du Dr Yves Guisan, vice président de la FMH.

D'une part sur le plan formel. On ne saurait utiliser un tel ton envers les opposants à de telles vues et dénigrer l'avis de ceux-ci phrase après phrase. Cette approche n'a rien, mais rien

du tout à faire avec un débat de démocratie directe comme on le connaît sur le plan fédéral.

D'autre part sur le plan de l'argumentation. C'est un discours de bout en bout fait de poudre aux yeux, entaché d'équivoques et d'erreurs, bref intolérable. De toute évidence, l'intention est de faire peur et de pousser au «oui».

Il semble que le corps médical suisse ait été lui aussi acheté et manipulé par les milieux économiques pour servir les urnes.

*Dr K. Müller, Thalwil*



### Dire oui en baissant la tête?

Après les résultats du vote sur la loi contre le racisme, la nouvelle Constitution fédérale, les accords bilatéraux I et Armée XXI, on pourrait penser que telle est notre attitude! Même s'il dit la vérité, «le menteur n'est jamais cru». L'UE elle-même, lors de l'accord sur les Bilatérales I, renoncé à une libre circulation des personnes automatique pour les nouveaux Etats membres de l'UE. Ce qui justifie une votation.

Prenons l'exemple des Français et des Hollandais qui ont dit *Non* à la Constitution de l'UE malgré la pression soutenue des autorités.

Les *mesures d'accompagnement* sont à voir comme un pur moyen d'obtenir un oui des citoyens. Après le vote, personne n'en parlera plus. Elle seraient en pratique irréalisables et inapplicables. Personne, dans les milieux économiques, n'en veut, car c'est précisément la pression salariale qui donnera sens à la libre circulation des personnes.

Ce n'est pas comme cela qu'on résoudra les problèmes! Mais bien plutôt selon notre bon sens et notre façon de voir, tant il est vrai qu'il semble que nous ne voulons ou ne pouvons pas arrêter une catastrophique globalisation.

### Quelques chiffres

En Suisse, le chômage est de 3%, les chômeurs suivant des cours ou autres occupations sont 2%, ce qui fait 5%, les travailleurs pauvres sont 5% (230 000). Le chômage chez les jeunes dans les nouveaux pays de l'UE se monte à près de 38%.

### Rappel

L'autorisation de séjour en cas de libre circulation vaut pour cinq générations d'une même famille. Les prestations sociales sont les mêmes que pour les Suisses et l'assurance-maladie vaut également pour la famille dans la patrie d'origine.

*Dr Klaus Müller, Thalwil*



Je trouve cet article dérangeant, non, déplacé, et ce pour les raisons suivantes.

#### *Sur le plan formel*

Cet article représente une telle propagande électorale non voilée, rédigée dans le jargon politique du PRD et selon les slogans à la mode, qu'on peut se demander pourquoi on met le Bulletin des médecins suisses à la disposition du vice-président de la FMH pour s'y exprimer. Le Bulletin est en effet aussi lu par des médecins dont l'opinion politique est différente et la réflexion plus différenciée.

Et si l'on admet le débat politique dans le BMS, accordons aux protagonistes au moins des armes égales. Le lecteur aurait ainsi apprécié la parution d'une opinion contraire dans le même numéro. Et si vous dites maintenant que vous n'en aviez reçu aucune, c'est une mauvaise excuse: vous auriez pu mettre votre article en consultation avant de le publier.

#### *Sur le plan du contenu*

De façon générale, cette façon de s'exprimer est indigne d'un médecin et d'un représentant du corps médical. Cet article n'est pas le reflet d'une pensée rationnelle, nuancée et professionnelle; le diagnostic et le pronostic émis n'atteignent pas l'objectivité voulue. Il ne reflète donc pas les qualités qui devraient régir la pensée et l'action médicales et l'affiner au fil des années.

«Vision par le petit bout de la lorgnette», «effets désastreux», «voire xénophobe» (!), «irresponsabilité la plus totale», «pour ne pas utiliser d'autres qualitatifs moins respectueux»(!), «...ce scénario resterait une catastrophe pour la Suisse» «Il en va de l'avenir de notre pays, de notre profession et de la recherche scientifique».

La notion de catastrophe apparaît, à elle seule, trois fois sur une page. Quand les arguments font défaut, on se rabat tout simplement sur les catastrophes.

Notre collègue Guisan offense tous nos collègues d'avis différent quand il dit: «... pour ne pas utiliser d'autres qualitatifs moins respectueux».

Celui qui part en campagne en utilisant de telles phrases simplistes et parfois offensantes se qualifie lui-même.

Le titre à lui seul en dit long: L'avenir de la Suisse en jeu.

En est-on conscient à la rédaction du BMS? Avez-vous déjà constitué des provisions de mé-

nage? Avez-vous prévu une sortie de secours pour échapper à une Suisse menacée par la catastrophe et cherché un domicile en Europe de l'Est, au développement si prospère et si sûr?

Blague à part, je le répète: je juge avec la plus grande sévérité la publication dans le BMS d'un article sans nuance politique signé par le vice-président de la FMH. J'espère néanmoins que vous aurez prévu un espace pour une opinion politique différente dans le prochain numéro.

*Dr Walter Raaflaub, Schönried*



Chers Confrères,

Il semble que pour certains d'entre vous une prise de position politique par un membre du Comité central soit inadmissible. Le simple fait de parler de risque de catastrophe serait vexatoire en soi, essentiellement semble-t-il parce que leur opinion ne rejoint pas la mienne. Ou alors mes affirmations seraient arrogantes et irrespectueuses des avis différents. Mais non!

Il se trouve cependant qu'au-delà de toute appréciation quant à la terminologie ou à l'opportunité d'une prise de position dans le BMS par un membre du Comité central à propos de la libre circulation des personnes, les faits sont bel et bien là:

1. Les sept accords bilatéraux I sont écrits noir sur blanc après négociation et ratification par la Confédération suisse d'une part, et chacun des Etats membres de l'UE (alors qu'ils n'étaient que quinze) d'autre part. Il s'agit maintenant de conduire le même processus de ratification avec les dix nouveaux Etats membres. Un referendum est lancé pour demander de ne pas entériner le seul accord portant sur la libre circulation des personnes avec ces derniers. La question est dès lors clairement posée.
2. Le Traité de Rome postule explicitement à son article 12 que toute discrimination en raison de la nationalité est interdite.
3. Non seulement l'accord sur la libre circulation des personnes, mais tous les accords bilatéraux sont munis d'une clause «guillotine» en sorte que le refus d'un seul d'entre eux entraîne la dénonciation de tous les autres après un délai de six mois.
4. La libre circulation des personnes touche aussi les médecins au niveau de la reconnaissance mutuelle des diplômes.

5. La Suisse participe aux programmes de recherche européens grâce à l'accord bilatéral sur la coopération scientifique et la technologie.
6. La croissance économique de la Suisse pendant les années 1992–2001 est plus faible que celle des Quinze: 1,45 % en moyenne pour la Suisse contre 2,5 % pour l'UE.
7. Le chômage allemand toujours pris en référence est très inhomogène: 3 % comme la Suisse dans le Bade-Wurtemberg et la Bavière, 15 % et plus dans l'ex-RDA. Il en est de même du reste de l'UE: 10–11 % en France, mais 3 % dans le Royaume-Uni, 4 % environ au Danemark et en Scandinavie.

Ceci dit, n'est-il pas légitime de se poser la question des conséquences d'un refus éventuel par le peuple suisse de l'extension de la libre circulation des personnes aux 10 nouveaux membres de l'UE? Poser la question, c'est aussi y répondre:

1. L'UE ne peut même envisager et n'acceptera pas de discrimination entre les Quinze et les dix nouveaux membres. Personne ne sait comment elle réagira effectivement, mais à l'évidence ni les Bilatérales I ni les futures Bilatérales II ne seront normalement opérationnelles.
2. Cela fait courir le risque que les diplômes des médecins suisses pré- et postgradués ne soient plus reconnus dans l'UE malgré l'introduction du processus de Bologne (Bache-

lor-Master). Il en irait probablement de même pour les formations postgraduées acquises en Suisse par des collègues étrangers. Des retombées sur le système de santé suisse et le fonctionnement des hôpitaux ne sont pas exclues.

3. La Suisse ne pourra probablement plus participer aux programmes de recherche scientifique européens dans la même mesure. Il en va de même de leurs applications et de leurs développements industriels.
4. Les mêmes problèmes se poseront pour les autres accords portant sur les transports, le transport aérien, la reconnaissance mutuelle des normes de conformité, les marchés publics et l'agriculture. Des conséquences pour l'économie et l'emploi sont donc prévisibles avec un retentissement sur la croissance, le pouvoir d'achat, et le chômage.

Cela n'est pas de la poudre aux yeux et n'a rien à voir avec la satisfaction que l'on peut avoir du Conseil fédéral ou non. La question à laquelle il y a lieu de répondre est claire, les réalités qui en découlent aussi. Aux citoyennes et citoyens de savoir si elles s'arrêtent au syndrome du plombier polonais ou si leur vision va au-delà. Avec toutes mes excuses, chers confrères, je n'ai vraiment voulu heurter personne.

*Dr Yves Guisan, vice-président FMH,  
conseiller national*